

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 15

Artikel: Auch die Parteien müssen mithelfen
Autor: Zimmerli, U.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093157>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ständerat Prof. U. Zimmerli zum politischen Brückenschlag

Auch die Parteien müssen mithelfen

frei; der Ittiger Gemeinderat ergriff diese Gelegenheit, um ihrer Partnergemeinde zu helfen, und die Nachbargemeinde Bolligen machte auch gleich mit. Damit wurden Ende Mai rund 18 Tonnen mit einem Laster auf die Reise geschickt, um Gemeinschaftsküchen von Kindergärten, Schulen, Fabriken und Spitälern zu versorgen.

Zudem wurden 1000 Paar Schuhe mitgeliefert, obwohl keine eigentliche Kleidersammlung durchgeführt wurde, weil man eben gezielt helfen will. Aber die Schuhe konnten günstig eingekauft werden, weil sie aus einem Überschwemmungsschaden im Berner Oberland stammten. Zudem enthielt der Transport 15 Velos von der Kantonspolizei, die aufgefunden oder gestohlen, aber nie abgeholt worden waren.

Weitere Aktionen geplant

Nun also ist die vierte Aktion angefallen — die dreiwöchigen Ferien für über dreissig Kinder aus Dobrusch. Schon im letzten Jahr hatte es sich gezeigt, dass die Kinder die Ferien dringend nötig hatten. In der Lenk konnten sie sich unbeschwert in der Natur aufhalten und an Wanderungen und Stadtbesichtigungen, bspw. von Bern, teilnehmen. Sie machten Ausflüge auf den Thunersee und ins Hallenbad von Lenk.

Wie der Ittiger Gemeindepräsident, Walter Frey, gegenüber «zeitbild» erklärte, sind weitere Aktionen geplant. So werden wieder eine Weihnachtssammlung für Dobrusch durchgeführt, und im kommenden Sommer die Ferienaktion für Kinder wiederholt.

Geplant ist aber auch, so Frey, dass im Herbst ein Arzt für ein zwei- bis dreimonatiges Praktikum an einem Berner Spital nach Ittigen eingeladen wird. Die näheren Modalitäten und Bedürfnisse müssen aber noch abgeklärt werden. Jedenfalls stünde ab Herbst eine kleinere Wohnung in einem gemeindeeigenen Haus zur Verfügung, das unter Denkmalschutz steht und derzeit auf Kosten der Gemeinde Ittigen umgebaut wird.

Monika Scherrer

Stiftungen und Vereine gibt es in der Schweiz schon genug — diese aber ist notwendig. Die «Stiftung Parteien Ost» hat sich den Export in die neu entstehenden Demokratien in Mittel- und Osteuropa zum Ziel gesetzt. Export nicht von Industriegütern oder Dienstleistungen — Export von Demokratie.

Zweck der Stiftung ist die Unterstützung des Aufbaus demokratischer politischer Parteien und anderer staatsbürgerlicher Organisationen im ehemals kommunistischen Mittel- und Osteuropa im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe.

Im Zentrum steht die Vermittlung von Wissen über den Aufbau, die Organisation, die föderalistische Struktur von der Basisorganisation auf Gemeindeebene bis zum nationalen Vorstand, die Finanzierung, die Zusammenarbeit mit den gewählten Volksvertretern und alle anderen relevanten Aspekte demokratischer politischer Organisationen.

Ist diese Unterstützung notwendig?

Die politischen Parteien sind die Träger der jungen und schwachen Demokratien in den Ländern Osteuropas. Dort wo sie schon frei wirken können — in Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen und Bulgarien, neuerdings auch in Albanien —, kommt ihnen zentrale Bedeutung zu, in den andern Ländern — der ehemaligen Sowjetunion und Jugoslawien bzw. ihren Teilrepubliken, im Baltikum und in Rumänien — werden sie diese noch erlangen.

Neben der überragenden Bedeutung des wirtschaftlichen Aufschwungs durch Einführung der sozialen Marktwirtschaft steht die Stärkung der politischen Parteien als Vermittler der politischen Kultur und Garanten einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung für diese Staaten im Vordergrund. Beide Ziele sind voneinander abhängig, da ein wirtschaftlicher Umbau ohne tiefgreifende Demokratisierung nicht denkbar ist.

Wirtschaft und Politik in allen Ziel-ländern leiden nicht nur und nicht einmal vor allem an finanziellen Engpässen, sondern insbesondere an einem Mangel an Know-how. Die Erfahrung im Aufbau, im Betrieb, in der Konfliktlösung und in der Entschcheidung politischer Organisationen fehlt fast vollständig.

Einige Parteien in Osteuropa haben materielle und ideelle Hilfe durch «Schwesterparteien» im Westen erhalten. Ein partei- und länderübergreifendes Konzept, das viel zur demokratischen Integration beitragen könnte, besteht bisher nicht. Das Bedürfnis dafür ist offensichtlich.

Kaum ein Land des freien Europas dürfte als Hort politischer Kultur, als Heimat wirklich unabhängiger politischer Parteien in einem föderalistisch-demokratischen Staat so unbestritten sein wie die Schweiz. Die Akzeptanz für die Know-how-Vermittlung in diesem Bereich wird in Osteuropa daher sehr hoch sein, wie auch erste Kontakte gezeigt haben.

Wie soll das Ziel erreicht werden?

Zur Verwirklichung ihres Zwecks führt die Stiftung Seminare und Schulungskurse in der Schweiz und in den betreffenden Ländern durch. Auch andere Aktivitäten, die den Zielen der Stiftung dienlich sind, sollen getragen werden.

Voraussetzung für die Unterstützung ist eine Politik der betreffenden Partei oder Organisation, die sich an den Grundwerten der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte orientiert und eine soziale Marktwirtschaft anstrebt.

Wer steht hinter der Stiftung?

Der Stiftungsrat besteht aus erfahrenen Politikern aller grossen und wichtigen Parteien der Schweiz. Als Delegierter des Stiftungsrates ist Fürsprecher Michael Bader, Bern, gewählt worden. Seit 1988 ist er Generalsekretär der Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung (EKMS) und be-

treibt ein eigenes Advokaturbüro in Bern. Die Stiftung untersteht der gesetzlichen Aufsicht der Eidgenossenschaft.

Wie sollen die Mittel der Stiftung beschafft werden?

Grundsätzlich ist vorgesehen, die Projekte der Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Büro für die Zusammenarbeit mit Osteuropa des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) durchzuführen. Der Bedarf für Programme im Bereich der politischen Parteien wird von der Bundesstelle ausdrücklich bejaht.

Für die Aufbauphase soll ein Stiftungskapital von 250 000 Franken geöffnet werden. Wir rechnen angesichts der Bedeutung und der Dringlichkeit des Projektes mit der grosszügigen Unterstützung durch die Schweizer Wirtschaft.

Wann soll die Stiftung ihre Arbeit aufnehmen?

Die politische Situation in den osteuropäischen Staaten zwingt zu raschem Handeln. Die Stiftung wurde im März 1992 gegründet, damit ab Herbst regelmässig Seminare durchgeführt werden können. Zwei erste Seminare für bulgarische und albanische Parteien sind im Oktober und November 1992 vorgesehen. ■